

Solidaritätserklärung des Thüringer Richterbunds mit türkischen Kollegen

Angesichts der nach dem Putschversuch in der Türkei erfolgten (als „Säuberung“ bezeichneten) Entlassung von ca. 3.000 Richtern und Staatsanwälten erklärt der Thüringer Richterbund seine Solidarität mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und äußert sich darüber hinaus besorgt über die bei dem als EU-Beitrittskandidat geführten Land immer weiter zu Tage tretende Demontage des Rechtsstaats.

Für eine Aufnahme in die EU ist die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien von der Türkei zwingend und ohne Rücksicht auf so bezeichnete geo-strategische Belange einzufordern. Insoweit darf nicht allein eine angedachte Wiedereinführung der Todesstrafe die von der EU-Kommission erwähnte „rote Linie“ darstellen. Dies betrifft ebenso die Wahrung von Grundrechten, Verfahrensgarantien, Übermaßverbot und Gewaltenteilung. All dies sieht der Thüringer Richterbund durch die willkürliche Entlassung der betroffenen Richter und Staatsanwälte in erheblichem Maße als verletzt an.

Dieses rechtsstaatswidrige und eigenmächtige Verhalten der türkischen Regierung zeigt in aller Deutlichkeit, wie unerlässlich eine ausbalancierte verfassungsrechtliche Kontrolle allen staatlichen Handelns für das Funktionieren eines Gemeinwesens ist.

Leider gelangt stets erst aufgrund solch eklatanter Verletzung von Rechtsstaatsprinzipien in das öffentliche Bewusstsein, wie sehr eine infolge konsequenter Gewaltenteilung unabhängige Justiz zu den Grundpfeilern einer demokratisch rechtsstaatlich verfassten Nation gehört und die Akzeptanz bzw. das Vertrauen von Bevölkerung und Wirtschaft in die Tätigkeit staatlicher Organe herstellt.